

Machtlose Erziehungsdirektoren

Ohne Weisungsrecht Der Streit um das Frühfranzösisch stellt die Konferenz der Erziehungsdirektoren auf die Probe

VON DORIS KLECK

Die kantonalen Erziehungsdirektoren haben Gewichtiges zu bereden, wenn sie sich im Oktober zu ihrer Jahrestagung treffen. Denn die Zeichen sind nicht zu übersehen: Der Sprachenkompromiss aus dem Jahr 2004 steht zur Disposition. Damals einigten sich die Erziehungsdirektoren darauf, dass die erste Fremdsprache ab der dritten Klasse und die zweite ab der fünften unterrichtet wird. Das sogenannte «3/5-Modell» haben 23 Kantone umgesetzt. Aargau und Appenzell Inner- und Nidwalden wollen es mit der Einführung des Lehrplans 21 übernehmen. Das Sonderzöglein des Kantons Uri - Englisch ab der dritten, Italienisch als Wahlpflichtfach ab der fünften und Französisch ab der siebten Klasse - wird wegen der Grenzlage zum Tessin toleriert. Bevor der Sprachenkompromiss also überall umgesetzt ist, bröckelt er bereits. Nidwalden und Thurgau wollen das Frühfranzösisch aus dem Stundenplan der Primarschule streichen. Luzern und Graubünden könnten folgen.

Das Wort des Sprachenstreits macht die Runde. Viele Westschweizer reagieren pi-

kiert auf die Entscheide in Stans und Frauenfeld. In Bundesbern denken Politiker über Vorstösse nach. Und alle warten auf ein Zeichen der Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK).

Zwischen Hammer und Amboss

Die EDK befindet sich in einer schwierigen Situation - zwischen Hammer und Amboss sozusagen. Einerseits kann sie den Kantonen keine Weisungen erteilen und sie bei einer abweichenden Haltung auch nicht sanktionieren. Ihr einziges Mittel ist die Überzeugungskraft. Verpflichtend ist der Sprachenkompromiss nur für die Mitglieder des Harmos-Konkordats. Weder der Thurgau noch Nidwalden sind dort aber dabei. In St. Gallen steht der Austritt aus Harmos wegen des Frühfranzösisch zur Debatte.

Andererseits hat das Schweizer Stimmvolk 2006 in die Bundesverfassung geschrieben, dass die Bildungsziele harmonisiert werden müssen. 2015 wird die EDK Rechenschaft darüber ablegen, ob die Kantone die Harmonisierungsziele erreicht haben oder nicht. Bei der Note ungenügend hat der Bund die Kompetenz,

eingzugreifen. Einige Bundespolitiker, insbesondere aus der Westschweiz, haben sich deshalb bereits in Stellung gebracht. Und auch Bundesrat Alain Berset hat angekündigt, dass er es nicht tolerieren werde, dass Schüler künftig erst in der Oberstufe eine zweite Landessprache lernten.

Ideen für neuen Kompromiss

Allerdings: Ein Eingreifen des Bundes kommt für die Kantone nicht infrage. «Das wäre ein Armutszeugnis», sagt der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann, der die EDK präsidiert. Eymann befürchtet, dass eine neue Front zwischen den Kantonen und dem Bund der Sache nicht dienlich wäre. Die Diskussionen würden auf eine neue Ebene gehoben. Es ginge dann grundsätzlich um die Souveränität der Kantone in Bildungsfragen.

Die EDK ist also zum Kompromiss verdammt. Der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler ist überzeugt: «Wenn wir das 3/5-Modell retten wollen, müssen wir Konzessionen machen.» Der Präsident der Deutschschweizer Erzie-



«Wenn wir das 3/5-Modell retten wollen, müssen wir Konzessionen machen.»

Christian Amsler
Schaffhauser Regierungsrat und Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK)

hungsdirektorenkonferenz sieht eine Lösung darin, dass das Frühfranzösisch nicht mehr benotet wird. So sei trotzdem sichergestellt, dass die Schüler mit der Sprache und der Kultur des anderen Landesteils in Berührung kommen. Seine Thurgauer Amtskollegin Monika Knill will einen Schritt weiter gehen. Sie fordert eine flexiblere nationale Sprachenstrategie. Entscheidend müsse sein, welche Kompetenzen in einer zweiten Landessprache die Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit vorweisen: «Die Zielerreichung ist zentral. Ob der Weg zum Ziel drei, vier oder mehr Jahre dauert, sollte weniger matchentscheidend sein und den Kantonen überlassen bleiben.»

Eine Resolution?

Es ist kaum zu erwarten, dass die EDK an ihrer Jahrestagung eine neue Kompromissformel beschliessen wird. Möglich wäre etwa, dass die EDK in einer Resolution den Beschluss von 2004 bestätigt, um die abweichenden Kantone wieder auf Kurs zu bringen. Ob dies gelingt, hängt jedoch davon ab, wie die Mehrheitsverhältnisse in der EDK überhaupt sind.



Rund ein Drittel der Freiburger Bevölkerung spricht Deutsch als Muttersprache.

ALFREDO CROCI/SWISS-IMAGE.CH

BELGIEN

Wie die Sprachenfrage ein Land spaltet

Nicht nur die Schweiz hat ihren Sprachenstreit. In Belgien treibt dieser das Land sogar auseinander. Vor allem die niederländisch sprechende Mehrheit der Flamen im Norden des Landes verlangt zunehmend Autonomie-rechte. Zwar hat bei den jüngsten Wahlen der Konflikt zwischen französischsprachigen Wallonen und Flamen für einmal keine wichtige Rolle gespielt. Doch die politisch links stehenden Wallonen werden voraussichtlich nicht an der neuen Regierung beteiligt, was den sprachregionalen Konflikt neu befeuern könnte.

Als Belgien 1830 unabhängig wurde, war Französisch die einzige offizielle Landessprache, die niederländischen Dialekte galten als Sprache der Unterschicht. Der Sprachkonflikt war darum in Belgien lange Zeit auch Ausdruck des Klassenkampfes. Das änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg, als der flämische Landesteil den wallonischen wirtschaftlich überflügelte. Ab 1970 errangen die Flamen zunehmende Unabhängigkeit, bis Belgien in den 1980er-Jahren zu einem Bundesstaat wie die Schweiz wurde - aber nicht durch das Zusammenwachsen kleinerer Einheiten, sondern durch die Auftrennung eines Einheitsstaats. Ob Belgien damit in einigen Jahren auf eine komplette Abspaltung der beiden Landesteile zudriftet, wird im Land immer wieder emotional diskutiert. Die Mitte-Rechts wählenden Flamen und die Mitte-Links orientierten Wallonen trennt nicht nur der politische Graben - auch die verbindende Mehrsprachigkeit geht deutlich zurück. Nur 22 Prozent der frankofonen Belgier beherrschen die niederländische Sprache. Jeder zweite Flame hingegen spricht Französisch. Oft weigern sie sich im Alltag aber, Französisch zu sprechen, um das Niederländische zu verteidigen - mit dem Ergebnis, dass auf Englisch kommuniziert wird. Wie Forschungen zeigen, verbreiten sich vor diesem Hintergrund zunehmend negative Klischees über die Sprachgruppen. Die mangelnde Fähigkeit zur Verständigung liegt auch in der Schulpolitik begründet: In Wallonien ist Niederländisch kein Pflichtfach, die Flamen hingegen müssen ab der fünften Klasse Französisch lernen. Umstritten ist dieser Französischzwang nicht.

FABIAN FELLMANN

«Quelle est votre langue préférée?»

Fribourg/Freiburg Der zweisprachige Kanton ist geteilter Meinung im Sprachenstreit

VON ISABELLE FRÜHWIRT

Vor der Primarschule «Jura» sitzen Mütter plaudernd auf kleinen Steinmauern. Während sie auf ihre Kinder warten, bestaunen einige jüngere Geschwister der Primarschüler die von den Kindern bemalte Wand, welche an den Schulseingang grenzt. Darauf ist eine Arche Noah abgebildet, aus deren Fenster ein Elefant schaut, auf dem Bug steht eine Giraffe, die fast so gross ist wie das ganze Schiff. Nur etwas unterscheidet diesen gewöhnlichen Schulhausplatz in Freiburg von vielen anderen in der Schweiz. «Alain, viens ici!», «Komm Markus, wir gehen jetzt.» - französische Wortfetzen mischen sich mit deutschen.

Diana Zimmermann wartet mit ihrer kleinen Tochter auf ihren Sohn, der die Primarschule besucht. Die gebürtige Walliserin spricht Französisch, ihr Mann Züridütsch. Den aktuellen Sprachenstreit verfolgt sie deshalb mit Interesse. «Ich finde es wichtig, dass man

sich in verschiedenen Landessprachen verständigen kann», sagt sie. Dass der Französischunterricht im Thurgau und in Nidwalden später beginnen soll, beunruhigt sie aber kaum. «Ich glaube, dass die deutschsprachigen Leute schneller Französisch lernen als umgekehrt.»

Janina sieht das anders: «Manchmal ist es schwierig, dem Französischunterricht zu folgen», sagt die deutschsprachige 7-Klässlerin. Ihr Lehrer hat die Klasse in Gruppen in die Strassen von Freiburg geschickt, um eine Umfrage auf Französisch zu machen. «Quelle est votre langue préférée?» ist eine der Fragen.

Deutschsprachige als Minderheit

Gesamtschweizerisch gesehen ist die deutschsprachige Bevölkerung klar in der Überzahl. In Freiburg ist es umgekehrt: Rund ein Drittel der Bevölkerung des Kantons Freiburg gibt als Muttersprache Deutsch an, die Restlichen Französisch oder eine andere Sprache.

Die Kinder lernen ab der dritten Klasse eine zweite Landessprache, sei es Französisch oder Deutsch. Diese Regelung ist kaum umstritten. Dennoch nimmt die Freiburger Bevölkerung die drohende Zurückstufung des Französischen in der Deutschschweiz relativ gelassen entgegen. «Mein Sohn spricht auch kaum Deutsch, er mag die Sprache einfach nicht», sagt der Rentner Jesus Fernandez. Er selbst arbeitete einige Zeit in der Deutschschweiz, wo er sich vor allem auf Französisch verständigt habe, was seiner Meinung nach kein Problem war.

Zweisprachig zu sein, biete aber auch viele Vorteile, entgegnet Maurice, der mittlerweile in Bern studiert. «Spricht man zwei Landessprachen, ist das nicht nur in zwischenmenschlicher, sondern auch in beruflicher Hinsicht ein Vorteil», sagt er.

Späterer Beginn «ungerecht»

Die Serviceangestellte Justine Kolly wurde von ihrer Mutter schon ab der

ersten Klasse in den Deutschunterricht geschickt. Heute braucht sie die Sprache nur selten bei der Arbeit. Obwohl sie es ungerecht findet, wenn die Deutschschweizer später mit dem Französischunterricht beginnen, übt sie auch Kritik an den Romands: «Viele können nicht gut genug Deutsch, obwohl sie es seit der dritten Klasse lernen.»

«Kinder lernen schnell»

Mélanie Sigrist unterrichtet Primarschüler an der «Jura» in Freiburg. Sie befürwortet Frühfranzösisch für die Deutschschweizer Kinder. «Kinder lernen schnell», sagt sie. Die Entscheide der Kantone Thurgau und Nidwalden bedauert sie. «Französisch fördert das Verständnis zwischen den Landesteilen.»

Während sich die Erwachsenen Gedanken über den zukünftigen Stellenwert des Französischs machen, spielen die Kinder unbekümmert auf dem Pausenplatz weiter.